

REGIERUNG Viel Geld für Werbung

34 Millionen Euro: Für Werbung vor allem in eigener Sache griff die Bundesregierung 2006 tief in die Tasche der Steuerzahler.

Die Regierenden sind nicht gerade sparsam, wenn's um Eigenwerbung geht. In der neuen SPÖVP-Regierung ist Kanzler Alfred Gusenbauer mit 1,1 Millionen Euro für Infokampagnen Spitzenreiter beim Ausgeben. An zweiter Stelle liegt Landwirtschaftsminister Josef Pröll. Er bezahlte 883.171 Euro für diverse „nachhaltige“ Werbe- und Infoprojekte, an die wir uns alle erinnern können... Etwas weniger freizügig war Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky. Ihre Informationskampagne zur Aids-Prävention und die Bädertour gegen Alkoholismus bei Jugendlichen schlug mit 734.000 Euro zu Buche. Die Klatschspalten-Ministerin legt allerdings ordentlich nach, will doch ihre neue Kindergeldregelung demnächst mit 850.000 Euro beworben werden.

Schon abgeschlagen folgt das Sozialministerium mit Werbeausgaben von 572.000 Euro. Mit der Hälfte davon begnügte sich das Frauenministerium (rund 280.000 Euro).

Die letzte ÖVP/FPÖ/BZÖ-Regierung ging übrigens besonders schamlos mit Werbegeld um. Beim Regierungsstart im Jahr 2000 reichten noch 9 Millionen Euro, 2006 waren es hingegen mehr als 34 Millionen Euro!

ZITAT ZUR LAGE

„Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“

Aus Dreigroschenoper
von Bertolt Brecht



Mit der Bahn reist es sich bequemer und stressfreier – für Kinder und Erwachsene.

ÖFFENTLICHER VERKEHR Plädoyer für die Eisenbahn

Teurere Treibstoffe, größere Umweltprobleme durch den motorisierten Verkehr, Todesopfer auf den Straßen – ein Umstieg auf den öffentlichen Verkehr ist notwendig denn je. Ein Symposium des KPÖ-Bildungsvereins widmete sich dessen Stellenwert.

Semmeringtunnel: Ja oder Nein? – Das war das Hauptthema des Symposiums in Mürzzuschlag. Franz Fromm (Verkehrsreferat AK-Steiermark) zeigte den bedeutenden Stellenwert der Steiermark in der EU-Verkehrspolitik auf. Helmut Uttenthaler (Obmann Verein Fahrgast Steiermark) betonte die Wichtigkeit des Nahverkehrs und der Zeitgewinnung beim Fernverkehr für den Fahrgast. „Nur wer

gegenüber dem Auto einen Zeitgewinn erzielt, steigt auf die Bahn um“, meint er.

Der Verkehrsexperte der TU Wien, Hermann Knoflacher, vertrat die Meinung, dass ein Semmeringtunnel (und auch der Koralmtunnel) gegenüber dem Steuerzahler unverantwortlich sei. In anderen Ländern müsse man für eine Fahrt wie über den Semmering (auf der historischen Ghega-Bahnstrecke) noch einen Zuschlag zahlen.

Ernest Kaltenegger (KPÖ-Landtagsabgeordneter) erweiterte die Diskussion um die Sorgen der Fahrgäste und die täglichen Probleme der Pendler. Hier wurde auch von den Diskutanten eine Forderung an die Politik gesandt. Man müsse sich endlich zur Bahn bekennen und herrschende Mängel beseitigen.

Das anwesende Publikum kritisierte vor allem, dass sich

die heimische Politik für den Straßenbau, nicht aber für die Eisenbahn eingesetzt habe. Fazit: Österreich baut lieber Straßen als Bahnlinien aus – im Gegensatz etwa zum Nachbarland Schweiz, in dem ein Großteil der Wege mit dem öffentlichen Verkehr zurückgelegt wird. Kilometerlange Tunnels oder Bahnstrecken in entlegene Gebiete sind dort ganz normal.

Geld für den Ausbau der Bahn sei genug da. Denn die KPÖ meint, dass vor allem die Großunternehmen, die vom funktionierenden ÖV stark profitieren, einen Beitrag leisten sollen. Mit einer gerechten Nahverkehrsabgabe – nach dem Wiener Vorbild, wo Betriebe pro Mitarbeiter einen Beitrag zum Ausbau der Schieneninfrastruktur leisten – würde eine gute Verkehrspolitik in der Steiermark leist- und umsetzbar.